

Positionspapier der S&D-Fraktion

Eine INDUSTRIEPOLITIK im Zeitalter der GLOBALISIERUNG



S&D

Group of the Progressive Alliance of
Socialists & Democrats
in the European Parliament

S&D

Group of the Progressive Alliance of
Socialists & Democrats
in the European Parliament

DE

Die S&D-Fraktion geht davon aus, dass die Industrie im Bemühen um nachhaltiges Wachstum und gute Arbeitsplätze in Europa eine zentrale Rolle spielt. Unsere Anstrengungen werden sich darauf konzentrieren, die industrielle Basis der EU zu erneuern und zu stärken, damit die Arbeitsplätze in Europa zukunftstauglich sind.

Eine Momentaufnahme der Industrie in Europa

Die in der Europäischen Union ansässigen Industriebetriebe erzeugen etwa ein Drittel der Bruttowertschöpfung der EU, und Industrieerzeugnisse machen beinahe 75 % der europäischen Exporte aus. Ein Drittel aller Arbeitsplätze, mit denen etwa 57 Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen, sind in der Industrie angesiedelt; auf sie entfallen 80 % der Ausgaben im Bereich FuE. Wenn dazu noch der Multiplikatoreffekt berücksichtigt wird, wonach ein Arbeitsplatz in der Industrie etwa zwei zusätzliche Arbeitsplätze im dazugehörigen Zuliefer- und Dienstleistungsbereich schafft, spielt die Industrie für den Arbeitsmarkt sogar eine noch größere Rolle.

Ende der Träume vom Markt – Wiederentdeckung der Industriepolitik

Eine tiefe Wirtschaftskrise hat die europäische Industrie hart getroffen. Doch die Krise hat auch deutlich gemacht, wie wichtig die Industrie für die Wirtschaft der EU ist, und aufgezeigt, dass nicht genug getan wurde, um ihren Bedürfnissen in dem zurzeit schwierigen wirtschaftlichen Klima entgegenzukommen. Die Industrie ist allzu häufig von den Wirtschaftsbereichen Dienstleistungen und Finanzen in den Hintergrund gedrängt worden. Die Industriepolitik der EU war allzu oft auf die irrige Vorstellung konzentriert, die Märkte sollten sich selbst regulieren. So bestand die EU-Industriepolitik bisher hauptsächlich aus Einzelmaßnahmen, ohne dass es eine umfassende Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten gegeben hätte, und reagierte größtenteils lediglich ohne eine vorausschauende Analyse auf stattfindende Entwicklungen. Die einzige Antwort bestand häufig darin, die Arbeitskosten zu senken. Als Sozialdemokraten sagen wir: Dies ist nicht der richtige Weg für die Industrie in Europa.

Darüber hinaus steht unsere Gesellschaft vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen:

- dem aktuellen demografischen Wandel: überalterte Gesellschaft, Migration, Verstädterung;
- dem Übergang zur nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung: Klimawandel, erneuerbare Energien, Wasserknappheit, Bemühungen, die Versorgung mit kritischen Rohstoffen sicherzustellen und Alternativen für sie zu finden;
- eine solide und gerechte wirtschaftliche Grundlage: Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft, Nutzung einer wissensbasierten Gesellschaft, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU.

In der Europa-2020-Strategie und der Mitteilung der Kommission zu einer integrierten Industriepolitik der EU wird nun zum ersten Mal die Bedeutung eines florierenden industriellen und insbesondere verarbeitenden Sektors für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in Europa und die Notwendigkeit eines neuartigen Ansatzes anerkannt. **Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, der aber nicht ausreicht.**

Hauptziel der S&D-Fraktion ist es, die Industrie wieder in den Mittelpunkt der Politik zu stellen und eine aktive Industriepolitik für eine „offensive“ Schaffung von Arbeitsplätzen und Vollbeschäftigung als Kernelement zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

Doch eine erfolgreiche Industriepolitik muss in folgende Strategien eingebettet sein:

- eine neue Struktur des Finanzsektors, die Investitionen fördert und Spekulationen verhindert oder einschränkt,

und

- eine klare makroökonomische Ausrichtung der Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik auf Wachstum und Beschäftigung ohne Steuerdumping (z. B. durch eine Angleichung der Unternehmensbesteuerung).

Da eine Selbstregulierung der Finanzmärkte gescheitert ist, muss ein umfassender Regulierungsrahmen geschaffen werden, der das Finanzsystem auf seine Kernfunktion zurückführt, nämlich darauf, die Nutzung von angespartem Geld für produktive Investitionen zu ermöglichen, und zwar insbesondere im Bereich der Industrie und der KMU.

Investitionen in Industrie und Dienstleistungssektor müssen generell die makroökonomische Priorität der EU bilden, insbesondere in den gegenwärtigen Krisenzeiten, in denen die Ausgaben für Investitionen zuerst gestrichen werden. Die Mitgliedstaaten, die Union und die Gebietskörperschaften sollten sich Ziele im Bereich der öffentlichen Investitionen (d. h. hinsichtlich des Anteils der Investitionsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben) setzen, und zwar auch im Rahmen ihrer Sparprogramme.

Strukturelle Veränderungen der nationalen und internationalen Finanz- und Steuersysteme sind nötig, darunter auch die Verlagerung der Steuerlast von der Arbeit auf die Ressourcen und die Internalisierung externer Kosten. Im Rahmen der laufenden Diskussionen über die Änderung des Vertrags von Lissabon müssen die Kommission und die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Beschäftigung den gleichen Stellenwert hat wie die Bekämpfung der Inflation. Wir brauchen eine anspruchsvolle Finanzierung der Industriepolitik und der Infrastrukturen – insbesondere der Infrastrukturen für Forschung, Energie, Telekommunikation und Transport (TEN) –, das heißt der Gesamtheit der „öffentlichen Versorgungsleistungen“, die das Umfeld der Unternehmen ausmachen.

Zu diesem Zweck setzt sich die S&D-Fraktion für die Einrichtung von Projektbonds ein, um der Union die Finanzierung von Innovation, Infrastrukturen und Reindustrialisierung zur ermöglichen.

Die gegenwärtigen Herausforderungen

Die Industrie der EU befand sich bereits vor Beginn der Krise in einer Phase der Umstrukturierung. Gegenwärtig steht sie vor mehreren, einander verstärkenden Herausforderungen:

- a) Die Industrie wird tiefgreifend von der sich stetig beschleunigenden Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst. Mit dem immer schärfer werdenden Wettbewerb unterliegen die jeweiligen Positionen der Industrieländer und der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft sowie ihre jeweiligen traditionellen Dominanzbereiche einem rapiden Wandel. Die Anforderungen auf dem Weltmarkt verändern sich rasch und bieten neue Möglichkeiten für die europäische Industrie und erfordert gleichzeitig eine Umorientierung, Umstrukturierung und Neuausrichtung der Unternehmen. Der Globalisierungsdruck nimmt durch die neue internationale Arbeitsteilung mit schnell wachsenden Volkswirtschaften wie China, Indien, Brasilien und Russland noch zu. Die internationale Führungsposition der europäischen Industrie wird durch die sich ausdehnende industrielle Basis in Schwellenländern zunehmend in Frage gestellt.
- b) Mit der Entwicklung hin zu einer weltweiten Wissensgesellschaft, in der Innovation und Forschung als Triebkraft für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit wichtiger sind als menschliche Arbeitskraft und manuelle Tätigkeiten, entsteht eine neue Form der Globalisierung.
- c) Der Klimawandel ist unumkehrbar und eine feststehende Tatsache. Er muss durch Begrenzungs- und Anpassungsmaßnahmen in allen maßgeblichen Wirtschaftssektoren bekämpft werden. Um der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, den Klimawandel abzumildern und die biologische Vielfalt zu schützen und mit den bei steigendem Bedarf zurückgehenden Rohstoffvorräten zurecht zu kommen, müssen in der Industrie verstärkt kohlenstofffreie und ressourcenschonende Produktionsweisen Anwendung finden.
- d) Im Zuge des demografischen Wandels verändert sich sowohl das Profil der Verbraucher als auch das der Hersteller. Mit dem ständigen Anstieg des Durchschnittsalters entsteht Nachfrage nach neuen Produkten, innovativen Veränderungen im Verkehrswesen und einer veränderten Arbeitsorganisation. Es wird einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften geben.
- e) Die schnelle Verstädterung schafft neue Herausforderungen, unter anderem für die Mobilität, die Bauweise von Gebäuden und die Logistik.
- f) Die größten Wettbewerber der EU, wie die USA, Japan und China, verfolgen eine aktive und starke Industriepolitik, die durch breite Investitionen in fortschrittliche Produkte und Dienstleistungen gestützt wird.

- g) Energie wird der Industrie nicht mehr ohne weiteres zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen, wie dies bisher der Fall war. Ein Wechsel hin zu einer erneuerbaren und kohlenstoffneutralen Versorgung erfordert neue Produkte und neue Bewirtschaftungssysteme.
- h) Die laufenden Veränderungen in der Wirtschaft erfordern verantwortungsvolle Umstrukturierungsmaßnahmen und Perspektiven für Arbeiter und Facharbeiter mit hauptsächlich manuellen Fertigkeiten und einer Fachausbildung; ihre Beschäftigung muss Priorität haben.

Eine integrierte nachhaltige Industriepolitik

Die Industriepolitik der EU sollte sich sowohl in Richtung auf eine nachhaltige, ökoeffiziente und weltweit wettbewerbsfähige Erneuerung der industriellen Basis als auch auf einen nachhaltigen Übergang von einer hauptsächlich produzierenden hin zu einer wissensbasierten Industrie orientieren. Eine in sich schlüssige, zielgerichtete Industriepolitik, eine klare Strategie sowie Indikatoren sollten entwickelt werden, mit denen der Erfolg gesichert und überwacht wird.

Wesentlich ist es, alle EU-Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Industrie haben, zu harmonisieren. Dies macht eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit innerhalb der Kommission sowie mit allen Beteiligten erforderlich. Die unterschiedlichen Tendenzen in der Industriepolitik verschiedener Mitgliedstaaten (Protektionismus, Ordnungsrahmen, Anreize, reine Wettbewerbsfähigkeit) sollten nicht außer Kontrolle geraten. Wir betonen, dass unsere Verarbeitungsindustrie vor einer unkontrollierten Einfuhr von Erzeugnissen geschützt werden muss, die nicht die europäischen Sicherheitsnormen erfüllen. Wir müssen ferner dafür Sorge tragen, dass unsere Industrie weniger abhängig von externen Energiequellen wird. Zu diesen Herausforderungen legt die S&D-Fraktion konkrete Vorschläge vor.

Unser weiteres Vorgehen – ein neuer Ansatz für eine nachhaltige Industriepolitik

Die erste und wichtigste Herausforderung besteht darin, eine qualitative und wo möglich auch quantitative Zielvorstellung für die europäische Industrie im Jahr 2020 zu entwickeln, die die langfristige nachhaltige Entwicklung im Blick hat und Orientierungen z. B. für Energie- und Ressourceneffizienz sowie Forschung und Innovation gibt.

Wir müssen dies tun, um sicherzustellen, dass die europäische Industrie stabiler und wettbewerbsfähiger wird und dies zu einer anhaltenden Schaffung von Arbeitsplätzen führt. In diesem Zusammenhang bedauert die S&D-Fraktion, dass in Ziffer 9¹ der

¹ Mitteilung der Kommission vom 4. Juli 2007 „Halbzeitbewertung der Industriepolitik – Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung“ (KOM (2007)374), Ziffer 9. „Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie hängt auch davon ab, ob sie in der Lage ist, den **Strukturwandel** durchzuführen und so auf die Herausforderungen der Globalisierung und des technologischen Fortschritts zu reagieren. Um den Folgen dieser Entwicklungen zu begegnen, hat die EU Rechtsvorschriften zum Thema Unternehmensumstrukturierung entwickelt und leistet über die Strukturfonds und den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung finanzielle Unterstützung. Die Kommission hat die beiden ersten Anträge auf Beihilfen aus dem Fonds positiv beurteilt und die Haushaltsbehörde ersucht, die entsprechenden Mittel verfügbar zu machen. Es muss jedoch noch mehr getan werden, um sich rechtzeitig auf die Entwicklungstendenzen des Strukturwandels einzustellen, sich besser auf die Umstrukturierung vorzubereiten und die Synergie zwischen unterschiedlichen Politikbereichen unter Einbeziehung aller Interessenträger zu verbessern.“

Mitteilung der Kommission zur Industriepolitik weniger Gewicht auf bestimmte Ziele, genannte Indikatoren und Überprüfung von Zielen als in früheren Beschlüssen der Kommission gelegt wird und dass diese nun in den allgemeinen Anmerkungen zur EU-2020-Strategie zusammengefasst wurden. Ein genauer Zeitrahmen für die Überwachung der Umsetzung und ein jährlicher Fortschrittsbericht haben entscheidende Bedeutung. Die Wirksamkeit dieser Leitlinien und Initiativen sollte alljährlich neu bewertet werden, um die bei der Überwachung aufgetretenen Probleme zu ermitteln und zusätzliche Ziele festzulegen, damit die europäische Industriepolitik stets auf der Höhe der Zeit bleibt.

Der Schlüssel zum Erfolg einer neuen, nachhaltigen Industriepolitik kann nur in einem integrierten, branchenübergreifenden Ansatz liegen, der durch horizontale und sektorale Initiativen und Maßnahmen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene unterstützt wird. Eine äußerst effektive Zusammenarbeit innerhalb der Kommission ist notwendig, eine **ständige Task Force für Industriepolitik** sollte zu diesem Zweck eingesetzt werden, die für die Abstimmung und Anpassung der Richtung und der Maßnahmen im Rahmen der derzeitigen neuen und integrierten europäischen Industriepolitik-Strategie und für die Überwachung der Umsetzung zuständig ist. Eine konsequente Untersuchung der Auswirkungen künftiger Rechtsvorschriften auf die Industriepolitik und die Bewertung ihrer Umsetzung ist wichtig, die Sozialpartner müssen einbezogen werden, und der Prozess sollte so transparent wie möglich sein.

Eine neue, nachhaltige Industriepolitik kann nur greifen, wenn sie in enger Abstimmung mit der Industriepolitik der Mitgliedstaaten erfolgt. Es ist Aufgabe der Kommission, 2011 die Initiativen, die gemäß dem Vertrag von Lissabon (Artikel 173 Absatz 2)² möglich sind, in Form von Leitlinien, Indikatoren, Überwachungsmöglichkeiten und Bewertungsverfahren zu ergreifen. Ein neuer Rahmen muss entwickelt werden, mit dem Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten und darin bestärkt werden, bei der Festlegung und Verwirklichung ihrer industriepolitischen Prioritäten effektiver zusammenzuarbeiten. Dies wird die Wettbewerbsfähigkeit von in Europa hergestellten Produkten stärken und die Reaktionen auf die sich ändernden Bedingungen auf dem Weltmarkt verbessern.

Eine neue, nachhaltige Industriepolitik braucht gestärkte Behörden, die es wagen, klare und konkrete Ziele zu setzen und Spielregeln für die Industrie über demokratische Prozesse festzulegen. Innerhalb dieses Rahmens kann sich die Industrie entwickeln, wachsen und auf Nachhaltigkeit im Rahmen einer größtmöglichen Rechtssicherheit und langfristigen politischen Stabilität hin entwickeln.

Der Erfolg einer neuen, nachhaltigen Industriepolitik hängt davon ab, dass alle Interessenträger, insbesondere die Gewerkschaften und andere Sozialpartner, eingebunden werden. Ein klares Partnerschaftsprinzip muss in allen Bereichen und Maßnahmen sichergestellt werden, wozu auch eine laufende gemeinsame Antizipierung und Bewertung der zu erwartenden Entwicklungen und damit eine Überprüfung der Strategien/Maßnahmen/Programme gehören.

² Die Mitgliedstaaten konsultieren einander in Verbindung mit der Kommission und koordinieren, soweit erforderlich, ihre Maßnahmen. Die Kommission kann alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind, insbesondere Initiativen, die darauf abzielen, Leitlinien und Indikatoren festzulegen, den Austausch bewährter Verfahren durchzuführen und die erforderlichen Elemente für eine regelmäßige Überwachung und Bewertung auszuarbeiten. Das Europäische Parlament wird in vollem Umfang unterrichtet.

Innovation

Innovationen sind die Hauptantriebskraft der Industriepolitik, und alle Initiativen, die Innovationen unterstützen, müssen auf einer umfassenden Definition von Innovation basieren, die über die technologische und produktorientierte Innovation hinausgeht und die grundlegende Rolle der Bürger in ihren Mittelpunkt stellt. Innovation muss die gesamte Kette umfassen: Produkte, Produktionssysteme, Dienstleistungen, Qualifizierung, Abläufe, Organisation, Qualität, Management, Verbreitung und Schutz. Innovationspolitik darf nicht allein vom Produkt, sondern muss vom Bedarf und der Nutzung abgeleitet werden, um mit Blick auf spürbare Vorteile für Verbraucher, Unternehmen und die ganze Gesellschaft eine stärker integrierte Entwicklung und zielgenauere Produktion zu ermöglichen. Innovation bedeutet die erfolgreiche Umsetzung von Ideen in die Praxis, ausgerichtet auf Produkte, Prozesse, Dienstleistungen und Bewegungen. Die Anforderungen der Bürger als Verbraucher und ihr Einsatz als Fachleute sind wichtige Antriebskräfte der Innovation. Wir müssen einen deutlichen Bewusstseinswandel hin zu einem stärker innovativen und von Neugier angetriebenen Denken erreichen und einen Wandel hin zu einem nachhaltigen Verbraucherverhalten fördern und innovative Lösungen bieten, damit der einzelne Bürger einen Beitrag zu bislang unbefriedigten sozialen Bedürfnissen leisten kann.

Im Gegensatz zu Energie und natürlichen Rohstoffen ist Humankapital eine unbegrenzte Ressource, um die man sich jedoch kümmern muss und die stärker innovativ und nachhaltig „genutzt“ werden muss. Arbeitnehmer sind mehr als nur ein Kostenfaktor; auch sie können Motoren der Innovation sein.

Dies ist der Kern unserer Überzeugungen. Investitionen in Menschen haben Vorrang, wenn die europäische Industrie in der Lage sein soll, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen in einer sozial nachhaltigen Weise zu bewältigen.

Organisatorische Innovation verändert unsere Arbeits- und Produktionsweise, und deshalb sollte die europäische Industrie auf dynamisches Management, flexible Organisation, intelligentere Arbeitsformen und verbesserte Arbeitsbedingungen der Belegschaft hinwirken. Bei jeder Investition in technologische Innovation sollten Mittel für die organisatorische Innovation bereitgestellt werden.

Die Forschungsausgaben für die nächste Förderperiode nach 2013 (FRP 8) sollten deutlich aufgestockt werden (EU Ziel: 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung, öffentliche Gelder in Höhe von 1 % des BIP), damit die europäische Industrie technologisch führend und global wettbewerbsfähig bleibt und dadurch private Investitionen wirksam eingesetzt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Unterstützung von Innovation bei Ressourcenproduktivität und einer effektiven und nachhaltigen Nutzung von Energie und Rohstoffen gewidmet werden. Die Verwaltungsverfahren und die Verfahren zur Beschaffung von Finanzmitteln müssen vereinfacht werden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ein geeignetes Umfeld schaffen, damit Unternehmen in Forschung und Entwicklung sowie in Innovationen investieren. Die Festlegung von Benchmarks und Standards hat sich als starke Antriebskraft für die Förderung von Innovationen und die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in verschiedenen Industriesektoren erwiesen. Neben einer starken prozessorientierten Forschung und Innovation ist Forschung in branchenübergreifenden Grundlagentechnologien in

Gebieten wie IKT, Bio- und Nanotechnologie, Raumfahrt, erneuerbare Energien, innovative Verkehrsmittel und neue Werkstoffe nötig. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen das gesamte Ökosystem der Innovation neu bewerten, um unnötige Hemmnisse zu beseitigen; es gilt, ein einfach zugängliches System zur Beschleunigung der Innovation einzurichten sowie Fragmentierung und Bürokratie entschlossen zu verhindern.

Die Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (RSFF) hat sich als wichtige Form der Finanzierung von Forschungsarbeiten durch die Europäische Investitionsbank erwiesen. Die Kommission wird nachdrücklich aufgefordert, deutlich mehr Mittel für die Förderung risikoreicher innovativer Projekte bereitzustellen und die Beteiligung von KMU zu erleichtern. Neue Finanzierungsmöglichkeiten müssen genutzt werden, um die innovativen Fähigkeiten der KMU zu unterstützen. Die Einrichtung von für Innovationen bestimmten Umlauffonds aus EFRE-Mitteln ist eine Möglichkeit, die als bewährte Verfahrensweise Schule machen sollte. Beachtung verdienen auch andere Formen der Finanzierung, die die Entwicklung innovativer Technologien dadurch unterstützen, dass sie unterschiedliche Akteure auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene zusammenbringen, sowie die Inanspruchnahme verschiedener Instrumente, wie etwa öffentlich-private Partnerschaften, Risikokapital usw. Eine Bestandsaufnahme bewährter Verfahren, bestehender und geplanter Finanzierungsmechanismen, steuerlicher Maßnahmen und finanzieller Anreize zur Förderung von Innovation ist von größter Wichtigkeit. Erforderlich ist ferner eine jährliche Aktualisierung und Überprüfung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen.

Die Förderung von Technologien für nachhaltige Entwicklung, wie es im ETAP-Aktionsplan mit der Vernetzung forschungs-, umwelt- und wirtschaftspolitischer Strategien begonnen wurde, ist der richtige Schritt. Nötig ist ein ehrgeiziger ETAP-Folgeplan.

Die öffentliche Auftragsvergabe ist ein wichtiges Instrument zur Förderung von Innovation. Sie hat einen Anteil am BIP der EU von 17 %, daher kann sie eine wichtige Triebkraft für die Industrie darstellen, sofern die Leitlinien für die Auftragsvergabe Parameter enthalten, die Faktoren wie Ressourcen- und Energieeffizienz, Umweltfolgen, Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit, Liefernähe des Anbieters, Sicherheit am Arbeitsplatz usw. berücksichtigen. Konkurrenten wie China und die USA haben ehrgeizige Zielvorgaben für die Beschaffung innovativer und ökologischer Produkte gesetzt. Wir sollten uns bemühen, das auch in der EU zu tun. Alle Möglichkeiten, die die Richtlinie 2004/18³ eröffnet, sollten konsequent auf allen Ebenen (EU, Mitgliedstaat, regional und lokal) genutzt werden.

Ressourcen

Unser Ziel ist klar. Das Wirtschaftswachstum kann und sollte von einem erhöhten Ressourceneinsatz abgekoppelt werden. Die Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten

³ Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge.

Jahrzehnten wesentlich schneller entwickelt als die Produktivität der Ressourcen (Energie und Material). Es wird geschätzt, dass in der Industrie die Arbeitskosten etwa 20 % und die Kosten für Betriebsmittel 40 % ausmachen. Die deutliche Steigerung der Ressourcenproduktivität und -effizienz, Wiederverwendung und Recycling von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen hat die globale Wettbewerbsposition der europäischen Industrie gestärkt. 2020 sollte eine Verdopplung der Ressourcenproduktivität erreicht sein. Wir sollten sie daher als Priorität in einem Aktionsplan fördern; gegebenenfalls sollte eine Richtlinie über Ressourcenproduktivität und -effizienz angenommen werden.

Dies bedeutet:

- Entwicklung klarer Indikatoren auf Makro-, Meso- und Mikroebene (unter Berücksichtigung des OECD-Modells, des japanischen Ansatzes und von „Cradle-to-cradle“-Konzepten) zur Überprüfung der Steigerung der Ressourcenproduktivität sowie gegebenenfalls die Weiterentwicklung von entsprechenden Produkt- und Prozessnormen und Leitlinien
- Entwicklung neuer Ansätze als Prototypen, wie Ressourcen-Contracting
- Verbreiten von bewährten Verfahren und die Förderung von Ressourceneffizienz-Netzwerken
- Materialeffizienzagenturen
- Entwicklung eines KMU-freundlichen Standards für einen Unternehmensnachhaltigkeitsbericht, der den „ökologischen Rucksack“ analysiert und damit zu Kosteneinsparungen führt und so Unternehmen wettbewerbsfähiger macht, bestehende Berichtspflichten und Möglichkeiten (z. B. EMAS) zusammenfasst und vereinheitlicht und soweit wie möglich verbindlich sein sollte.

Die Verfügbarkeit von Rohstoffen ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Industrie, da die Recyclingraten von wenigen Prozent bis zu 70 % reichen. In einigen Mitgliedstaaten sind Mülldeponien nahezu verschwunden, in anderen landen weiterhin mehr als 90 % des Abfalls auf Müllhalden. Dies ist nicht hinnehmbar.

Die S&D-Fraktion ist der Ansicht, dass wir einen umfassenden Begriff für Rohstoffe brauchen, der nicht auf „kritische Rohstoffe“ im Sinn der Definition der Kommission beschränkt ist und auch Folgendes umfasst:

- Intensivierung der Wiedergewinnung von Rohstoffen durch die konsequente Umsetzung bestehender Recycling- und Abfallbestimmungen, weitreichendere Recyclingnormen, angemessene Forschungsförderung und Unterbindung der legalen und illegalen Ausfuhr rohstoffhaltiger Abfälle;
- Ausweitung der Herstellerhaftung;
- verstärkte Forschung zur Substitution von seltenen Rohstoffen;
- optimale Nutzung der in der EU vorhandenen Rohstoffe, wozu u. a. die rasche Einführung eines europäischen Geo-Informationssystems mit einer Übersicht über die Rohstoffe in der EU gehört;
- Sicherstellung ausreichender Rohstofflieferungen durch faire Handelsabkommen und strategische Partnerschaften, allerdings nur, wenn dies mit den Entwicklungszielen der WPA (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) und den entwicklungspolitischen Verpflichtungen der EU vollständig übereinstimmt;
- Intensivierung des bilateralen Dialogs mit Partnern wie Japan und den USA über den Zugang zu Rohstoffen, aber auch mit wichtigen Rohstofflieferländern wie China und Russland;

- Maßnahmen zur Einschränkung der sich verschärfenden Marktdominanz nationaler Oligopole und Monopole sowie von supranationalen Konzernen im Bereich der Gewinnung von fossilen und energetischen Rohstoffen, der Erzeugung von Halbfertigprodukten und des Handels mit diesen.

Energie- und Industriepolitik sind eng miteinander verbunden. Die Industrie benötigt eine langfristig ausgerichtete Energiepolitik, die angemessene Energiepreise und Versorgungssicherheit gewährleistet und das große Potenzial an Energieeffizienz in der europäischen Industrie ausschöpft, um eine Produktion ohne die Emission klimaschädlicher Gase zu ermöglichen und eine Verlagerung von CO₂-Emissionsquellen zu verhindern.

Der Energiebinnenmarkt spielt eine wichtige Rolle bei der Umstellung auf kohlenstoffarme Erzeugung und Versorgung und muss auch die Infrastruktur der digitalen Netze und der Verkehrsnetze nutzen. Die Energieinfrastruktur ist frühzeitig und kostengünstig zu erneuern und auszubauen, und intelligente Netze sowie die Verwendung von intelligenten Stromzählern müssen gefördert werden, was insbesondere mit Unterstützung durch Mittel der Europäischen Investitionsbank und unter Nutzung anderer öffentlicher und privater Finanzierungsmechanismen geschehen sollte.

Ferner sollte auch die Unabhängigkeit von externen Energiemärkten und die Weiterentwicklung der europäischen Lieferanten erneuerbarer Energien angestrebt werden. Durch die Festlegung klarer langfristiger Ziele ist eine grundlegende Umstellung auf einen Anteil der erneuerbaren Energieerzeugung von 95 % bis 2050 möglich. Die S&D-Fraktion fordert die Industrie auf, den gewaltigen Schritt von fossilen Brennstoffen zu emissionsarmen Alternativen zu unterstützen. Es gibt keinen Zweifel an dem riesigen Beschäftigungspotenzial und den Kostenvorteilen, die sich durch Verbesserungen der Energieeffizienz voraussichtlich ergeben. Die Annahme von Maßnahmen zur Energieeffizienzverbesserung wie etwa die Einführung von Zielvorgaben, Normen, Anreizen und Leistungsvergleichsmechanismen kommt nahezu allen Industriezweigen zugute.

Bildung und Ausbildung

Das Angebot an entsprechend qualifizierten Arbeitskräften hinkt den Erfordernissen einer europäischen Industrie, die sich in einem Prozess der Umstrukturierung und Erneuerung befindet, hinterher. Mehr Investitionen im Bereich der Bildung und Fortbildung sind notwendig. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Qualifikationsdefizite zu beheben, wozu u. a. Folgendes gehört:

- ein institutionalisierter Dialog zwischen den zuständigen Behörden und Sozialpartnern, um Lehrpläne zu erneuern und erfolgreiche Wege für den Übergang von der Schule zum Arbeitsmarkt zu konzipieren;
- abgestimmte Initiativen zur Stärkung der „STEM (science, technology, engineering and mathematics)“-Bildung auf allen Ebenen, insbesondere für Frauen, und der Austausch von bewährten Verfahren;
- Öffnung und Modernisierung der Hochschulen für Weiterqualifizierungen im Fachkräftebereich (Ingenieure, Informatiker, Techniker);
- Recht auf lebenslanges Lernen für alle Bürger, die in ihrem Berufsleben Umschulungsmaßnahmen nutzen können müssen, als entscheidende Voraussetzung für Gleichstellung, Solidarität, aber auch Wettbewerbsfähigkeit in

- Zeiten wirtschaftlicher Belastungen;
- Weiterbildung des bestehenden Arbeitskräftepotenzials unter besonderer Berücksichtigung von geringqualifizierten Arbeitnehmern und Beschäftigten mit veralteter Ausbildung. Das Ziel der Weiterbildung besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu fördern und die Berufsaussichten der Beschäftigten zu verbessern;
 - weitere abgestimmte und zielgenaue Weiterqualifizierungen unter stärkerer diesbezüglicher Nutzung des Europäischen Sozialfonds, die sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer nutzbringend sind;
 - Untersuchungen zu dem neuen Bedarf, der im Bereich der Beschäftigung und der Qualifikation durch die Entwicklung der Berufe in nachhaltigen Wirtschaftsbereichen entstanden ist, um diesem Bedarf durch eine geeignete Berufsbildung gerecht zu werden;
 - europaweite Stärkung des berufspraktischen Lernens für eine bessere Verknüpfung der Berufsbildungssysteme mit dem Arbeitsmarkt sowie eine europaweite Attraktivitätssteigerung der beruflichen Ausbildung mit Durchlässigkeit zur Hochschule für Absolventen der beruflichen Bildung.

Die geringe Bereitschaft zu selbständiger Unternehmertätigkeit kann durch die Schaffung eines existenzgründerfreundlichen Umfeldes, mehr integrierte Fördersysteme wie z. B. ENTRE:DI und gezielte Programme wie z. B. Erasmus für Jungunternehmer überwunden werden.

Eine nachhaltige Industriekultur

Es bedarf ganz offensichtlich einer stärkeren, besser abgestimmten, technologieneutralen EU-Politik für Leitmärkte, wie z. B. die im Bereich des Umweltschutzes tätigen Branchen und die damit verbundenen Sektoren (ca. 3,5 Mio. Beschäftigte, 300 Mrd. EUR Umsatz, bis zu 50 % weltweiter Marktanteil) sowie für Bereiche des Verarbeitungssektors, die eine hohe Innovationsfähigkeit aufweisen, z. B. Stahl, Autos, Schiffsbau, deren komparative Vorteile voll ausgeschöpft werden sollten. Die einschlägigen Akteure sollten eng zusammenarbeiten und ihre Investitions- und Produktionstätigkeit in Europa beibehalten.

Hierzu empfiehlt sich die Weiterentwicklung produktbezogener Regelungen wie der Ökodesign-Richtlinie unter dem Gesichtspunkt der Kosteneffizienz; Förderinitiativen für die Industrie wie z. B. die Europäische Initiative für umweltgerechte Kraftfahrzeuge sollten ebenfalls fortgesetzt werden. Marktwirtschaftliche Instrumente und andere Anreize können ebenfalls eine Rolle bei der Schaffung von Antriebskräften zur Entwicklung dieser Leitmärkte spielen. In diesem Zusammenhang wird eine langfristige Kampagne zu nachhaltigem Konsum gefordert, um das Problembewusstsein und Verhaltensänderungen zu fördern und damit neue innovative Produkte und Konzepte zu unterstützen. Das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) muss über 2013 hinaus verlängert und deutlich ausgeweitet werden.

Der Binnenmarkt – wenn er endlich umgesetzt ist – wird noch große Potenziale für die Leistungsfähigkeit der europäischen Industrie freisetzen; die Kommission und die Mitgliedstaaten haben die Pflicht, die noch bestehenden Hemmnisse und Barrieren zügig abzubauen. Verstärkte Bemühungen sind nötig, um zügig ein Gemeinschaftspatent zu schaffen, um die Rahmenbedingungen für gewerbliche

Schutzrechte zu verbessern und um eine Reform der Normungsfindung umzusetzen. Dabei müssen die komparativen Vorteile der Einhaltung hoher sozialer und ökologischer Standards hervorgehoben und eine internationale Normung erreicht werden, um die technologische Führungsposition zu sichern.

Die europäische Übernahmerichtlinie muss überarbeitet werden, damit der EU Mittel an die Hand gegeben werden, mit denen sie sich Bestrebungen widersetzen kann, die sich in unternehmerischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als abträglich für den sozialen Zusammenhalt und die Stabilität des Binnenmarktes erweisen könnten. Die Union sollte die Möglichkeit haben, sich Übernahmeangeboten von Firmen zu widersetzen, die nicht sozial verantwortlich handeln und/oder nicht die Grundsätze der verantwortlichen Unternehmensführung einhalten, und im Einklang mit den von ihr eingegangenen internationalen Verpflichtungen auch Übernahmeangeboten in Sektoren entgegenzuwirken, denen die Mitgliedstaaten strategische Bedeutung beimessen.

Weitere Investitionen in den Arbeitskräftebestand der europäischen Industrie sind nötig, wobei der Schwerpunkt vor allem auf den branchenbezogenen sozialen Dialog zur Bewältigung der durch die Globalisierung verursachten strukturellen Veränderungen und auf die Förderung einer ressourcen- und energieeffizienten Wirtschaft gelegt werden muss.

Die S&D-Fraktion hat stets die Auffassung vertreten, dass eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer für eine Verbesserung der Qualität sorgt und im Verlauf der Erneuerung einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorbeugt.

Die Ideen und Kompetenzen der Beschäftigten müssen bei der Erneuerung der Industrie genutzt werden; daher sollte eine möglichst breite Anhörung erfolgen, die über die Mindestregelungen (z. B. Richtlinie 2002/14/EG⁴, Richtlinie 2009/38/EG⁵) hinausgeht. Erforderlich ist auch ein Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Tarifverträge, um zur Durchsetzbarkeit grenzüberschreitender Vereinbarungen beizutragen und die Herausforderungen zu meistern, die sich aus der Arbeitsorganisation, der beruflichen Bildung und den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ergeben.

Die S&D-Fraktion unterstreicht, dass engmaschige Sicherheitsnetze für die industrielle Entwicklung und die Bewältigung struktureller Veränderungen entscheidende Bedeutung haben. Sie erkennt an, dass für die Erleichterung des Übergangs für Arbeitnehmer, die durch strukturelle Veränderungen zu einem Ortswechsel gezwungen oder in anderer Weise Nachteile erleiden, in erster Linie die Mitgliedstaaten zuständig sind.

Arbeitnehmern und Betrieben, die von Umstrukturierung aufgrund von Strukturwandel oder Auswirkungen der Globalisierung betroffen sind, sollte jedoch durch ehrgeizige

⁴ Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft – Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zur Vertretung der Arbeitnehmer.

⁵ Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen.

Umschulungsprogramme, die auf eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt abzielen, eine Perspektive aufgezeigt werden. Dies könnte durch die Schaffung einer Umstrukturierungs-Task-Force erreicht werden, der alle beteiligten Seiten angehören, vor allem Vertreter der Arbeitnehmer, die die Umstrukturierungsprozesse überwachen und für eine reibungslose Umgestaltung der Wirtschaft sorgen, sowie durch eine stärkere Einbeziehung der europäischen Strukturfonds bei Umstrukturierungsprozessen, damit für Arbeitnehmer und Betriebe eine neue Perspektive eröffnet wird.

Die S&D-Fraktion spricht sich dafür aus, Forschung und Entwicklung bei der Förderung von Umstrukturierungsprozessen zu intensivieren, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die in andere – private oder öffentliche – Sektoren überwechseln, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Insbesondere die Beschäftigung von Arbeitnehmern mit hauptsächlich manuellen Tätigkeiten steht im Mittelpunkt unserer Politik. Die Kommission muss aktiver in Umstrukturierungen von Unternehmen mit einem Europäischen Betriebsrat eingreifen; sie muss bei solchen Umstrukturierungen frühzeitig alle relevanten Informationen erhalten, damit sie ihre Aufgabe als Ansprechpartnerin auf EU-Ebene und Koordinatorin gegenüber den Mitgliedstaaten voll wahrnehmen kann, wodurch sie auch besser in der Lage sein dürfte, den möglichen Einsatz staatlicher Beihilfen bei Umstrukturierungen zu prüfen und zu bewerten.

Beihilfepolitik darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbsrechts gesehen werden, sondern muss im europäischen Interesse vorausschauend zur Stärkung der Innovation, zur Markteinführung oder bei Umstrukturierungen in der Industrie auf transparente Weise und mit klaren Regeln genutzt werden.

In Europa bestehen regionale Unterschiede in der industriellen Entwicklung, vor allem im Gefolge von Deindustrialisierungsprozessen in den neuen Mitgliedstaaten. Diese Tatsache muss auch in die neue nachhaltige Industriepolitik einbezogen werden, um den territorialen Zusammenhalt zu stärken.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben ohne Zweifel große Bedeutung in der Industrielandschaft, insbesondere für die Sicherung dauerhafter Arbeitsplätze auf regionaler und lokaler Ebene, für die Erhaltung der wirtschaftlichen und kreativen Dynamik und für ein anhaltendes hohes Wirtschaftswachstum.

Die S&D-Fraktion fordert daher:

- die rasche Umsetzung des „Small Business Act“, die Behebung von Mängeln bei der Anwendung der verabschiedeten Leitsätze und die Durchführung konkreter Maßnahmen (z. B. Reduzierung des Verwaltungsaufwandes, KMU-Test), damit endlich hinreichende Fortschritte für die europäischen KMU erreicht und gleiche Ausgangsbedingungen für alle KMU im Binnenmarkt geschaffen werden;
- einen verbesserten Zugang zu Möglichkeiten der Finanzierung von KMU und insbesondere die Schaffung tragfähiger Möglichkeiten für die Finanzierung mit Risikokapital. Bei der Neuarchitektur des Finanzmarktes werden Finanzierungsmöglichkeiten für KMU und deren bevorzugte Finanzierungsquellen gestärkt;
- die Entwicklung von Beratungsangeboten für im Exportgeschäft tätige KMU, insbesondere in Bezug auf den Zugang zu Märkten in Drittstaaten, die dauerhafte Etablierung auf diesen Märkten sowie den Schutz der Rechte am geistigen

- Eigentum und die Optimierung ihres finanziellen und technologischen Wertes;
- die Überprüfung der EU-Definition für kleine und mittlere Betriebe daraufhin, ob sie in bestimmten Industriezweigen, in denen KMU die festgelegten Schwellenwerte bei Umsatz oder Beschäftigungszahlen aufgrund der konkreten Marktstrukturen nicht erreichen, aber dennoch als Unternehmen mittlerer Größe anzusprechen sind, flexibler ausgelegt werden kann (wobei aber die Brauchbarkeit der Definition von KMU durch eventuelle Änderungen nicht beeinträchtigt werden darf).

Eine internationale Handelspolitik ist zwar unbestritten ein wesentliches Element für die Entwicklung der Industrie in der EU, indem sie den Zugang zu bestehenden und neuen Märkten ermöglicht, doch Handel ist nicht ein Ziel an sich, sondern Bestandteil einer erfolgreichen industriellen Strategie. Handelspolitik sollte auf einer gerechten Grundlage den Zugang zu wichtigen und wachsenden Märkten ermöglichen. Das multilaterale, auf Regeln basierende WTO-System mit seinen Streitbeilegungsverfahren ist der wirksamste und am besten legitimierte Weg zur transparenten Gestaltung und Ausweitung der Handelsbeziehungen.

Zukünftige Handelsabkommen sind so zu gestalten, dass sie Teil einer industriepolitischen Strategie mit lauterem Wettbewerb in den hoch entwickelten und den aufstrebenden Volkswirtschaften werden. Für eine nachhaltige Produktion ist eine angemessene Arbeitsumgebung erforderlich. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung muss umfassend durchgesetzt werden, und soziale und ökologische Standards müssen Eingang in Freihandelsabkommen finden. Die soziale Verantwortung von Unternehmen (SVU) muss für europäische Investoren in Handelsabkommen als eine Garantie gegen Sozialdumping vorgeschrieben werden; und unsere Partnerländer müssen die grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer wahren, wie sie in den wichtigsten Übereinkommen der IAO verankert sind.

Es muss dafür gesorgt werden, dass europäische Industriezweige nicht durch unlautere Praktiken bedroht werden, wie dies derzeit der Fall ist. Die EU muss im Rahmen der Aushandlung bilateraler und multilateraler Abkommen mit Drittländern den Grundsatz der Gegenseitigkeit für ihre Unternehmen sicherstellen und gleichzeitig die Wirksamkeit der Handelsschutzinstrumente verbessern, um nichttarifäre Hemmnisse, unlautere staatliche Beihilfen sowie Währungs-, Sozial- und Umweltdumping zu bekämpfen.

Regionen

Die S&D-Fraktion ist davon überzeugt, dass regionale Strukturen ein wichtiger Beitrag zu Stärkung der Industrie in Europa sind. Wettbewerbscluster und Innovationsnetzwerke (Betriebe, Universitäten, Forschungszentren, technologische Dienstleistungen, Bildungseinrichtungen usw.) sowie Vernetzungen von Unternehmen untereinander (Wertschöpfungsketten, Synergien) und mit anderen Akteuren sind wesentlich für Investitionsentscheidungen.

Aus diesem Grund sind wir sicher, dass:

- innovativen Clustern und Netzen eine bessere Förderung zuteil werden sollte, um in koordinierter Weise Wissenstransfer und Forschung, die Verbesserung von Qualifikationen sowie die Infrastruktur zu fördern, auch als Schwerpunkt des

- Europäischen Fonds für regionale Entwicklung;
- regionale Netzwerkstrukturen wie Metropolregionen bei ihrer Förderung der industriellen Basis gestärkt werden sollten;
- die Europäische Investitionsbank die Verbindung zwischen Industriepolitik und territorialem Zusammenhalt stärken sollte;
- Cluster und Netze unter dem Dach europäischer Plattformen zusammengeführt werden sollten, damit ihre Förderung verbessert werden kann;
- der Schwerpunkt auf Regionen liegen sollte, die nicht über die notwendigen Infrastrukturen verfügen.

Einzelne Branchen

Neben einem horizontalen Ansatz können sektorspezifische Initiativen die Besonderheiten einzelner Branchen aufgreifen und zur Modernisierung und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Daher fordert die S&D-Fraktion:

- die bestehenden sektoralen Ansätze (Task Forces, hochrangige Gremien, Innovationsplattformen wie z. B. Cars 21) durch die Kommission und unter Beteiligung aller Interessenträger zu erneuern, vergleichbar weiterzuentwickeln und mit klaren strategischen Inhalten auszurichten;
- die Ergebnisse auf die Bedürfnisse einzelner Branchen zuzuschneiden und dabei die Nachhaltigkeit der branchenbezogenen Ansätze entsprechend den klima- und energiepolitischen Zielen der EU und den ehrgeizigen Zielen im Bereich der effizienten Ressourcennutzung unter Beweis zu stellen;
- die europäischen Schlüsselindustrien ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu stellen, die sowohl größere gesellschaftliche Herausforderungen als auch wirtschaftliches sowie Beschäftigungspotenzial mit sich bringen;
- die Komplementarität zwischen verschiedenen Querschnittstechnologien und die Gemeinsamkeiten zwischen den betreffenden Sektoren, die durch den Übergang zu einer digitalen Wirtschaft ermöglicht wurden, in den Mittelpunkt zu rücken;
- regelmäßige Fortschrittsberichte der Kommission.

Verantwortlichkeit

Die europäische Industrie, die von den politischen Bemühungen und guten Rahmenbedingungen profitiert, sollte mehr Verantwortung für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in Europa übernehmen. Sie sollte sich in Form von Selbstverpflichtungen deutlich zu Investitionen in Europa verpflichten, die eigenen Forschungsanstrengungen verstetigen, einen Beitrag zu einer neuen Kultur der Qualifikation leisten, noch mehr nachhaltige Produkt- und Prozessinnovationen entwickeln und, wann immer möglich, strategische Partnerschaften in Europa eingehen.

Es sollten Systeme zur Förderung der sozialen Verantwortung von Unternehmen (SVU) eingeführt werden, die die soziale und nachhaltige Entwicklung außerhalb der EU unterstützen. Die weltweite Wirtschaftskrise hat verdeutlicht, dass Unternehmen sowohl im Hinblick auf die verantwortungsvolle Unternehmensführung als auch auf den

Umweltschutz und soziale Errungenschaften mit der gebührenden Sorgfalt und unter umfassender Achtung ihrer sozialen Verantwortung agieren müssen.

Die neuen Mediationskonzepte zur Begleitung und Umsetzung von neuer Infrastruktur und ihre Anwendung zur Stärkung der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sind für die Gesellschaft ebenfalls wichtig, damit notwendige Infrastrukturen für die nachhaltige Erneuerung der industriellen Basis (z. B. intelligente Netze, Windkraftanlagen, neue Eisenbahnstrecken) zügig verwirklicht werden können.

Es ist Zeit, zu handeln

Die EU muss jetzt die Möglichkeiten der Gemeinschaft zu einer nachhaltigen Erneuerung und Weiterentwicklung der industriellen Basis einschließlich der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze umfassend nutzen. Die europäische Industrie sollte ihre Führungsposition in den Schlüsselsektoren behaupten und nicht ins Mittelfeld abrutschen. Und die EU muss sicherstellen, dass die Wertschöpfung innerhalb der EU selbst erfolgt. Es ist an der Zeit, dass die EU ihre Marschroute hin zu einer zukunftstauglichen europäischen Industrie absteckt.

Die S&D-Fraktion hat eine Zielvorstellung und konkrete Vorschläge, um dies zu erreichen. Wir zählen auf die fortschrittlichen Kräfte in Europa, um unsere Vorstellungen in die Praxis umzusetzen, damit die europäische Industrie ausreichend gewappnet ist, um die Herausforderungen einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und humanen Wirtschaft erfolgreich zu bewältigen.